

Volk lehnt höhere MWST ab – und liebäugelt mit Vermögenssteuer

- 15.03.2026
- 20min.ch / 20 minuten Online

Darum gehts Pläne zur Erhöhung der Mehrwertsteuer für AHV und Armee werden vom Volk abgelehnt. Eine Umfrage zeigt Zuspruch für eine Bundes-Vermögenssteuer. Diese Steuer soll ab fünf Millionen Franken gelten. GLP-Nationalrat Patrick Hässig sieht darin eine Entlastung für den Mittelstand. Das Ja zur 13.

AHV-Rente und die vorgesehenen Mehrausgaben für die Armee kosten den Bund sehr viel Geld. In beiden Fällen tobt ein Streit darum, woher dieses kommen soll. Für die AHV will Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider die Mehrwertsteuer (MWST) um 0,7 Prozentpunkte erhöhen, Verteidigungsminister Martin Pfister für die Armee gar um 0,8. Eine von Leewas durchgeführte Umfrage von Tamedia und 20 Minuten im Rahmen der Nachabstimmungsbefragung zeigt nun: Die Bevölkerung will in beiden Bereichen überhaupt nichts davon wissen. 63 Prozent sagen Nein zu den Armeep länen, nur 31 Prozent sprechen sich dafür aus.

Armee und AHV: Wenig Sympathien für höhere Mehrwertsteuer Bei der AHV haben die beiden Parlamentskammern und der Bundesrat je eigene Vorschläge für eine höhere Mehrwertsteuer. Mit 29 Prozent am meisten Zustimmung erhält die Idee einer Mischfinanzierung, welche die MWST «nur» um 0,4 Prozent erhöhen soll. 54 Prozent halten von den Plänen im Bundeshaus aber gar nichts. Ganz anders bei einer neuen Idee aus GLP-Kreisen: Gemäss dieser soll eine Vermögenssteuer auf Bundesebene von 0,33 Prozent auf Vermögen ab 5 Millionen Franken erhoben werden. GLP-Nationalrat Patrick Hässig, der die Pläne skizziert hat, rechnet damit mit Mehreinnahmen von rund 2,7 Milliarden Franken.

GLP-Hässig: «Moderate Bundesvermögenssteuer belastet Mittelstand weniger» Hässig sagt auf Anfrage: «Die 13. AHV mit zusätzlichen Lohnbeiträgen zu finanzieren, wäre nicht generationengerecht. Und der Vorschlag, die Armee mit 0,8% mehr Mehrwertsteuern zu finanzieren, stupe ich als chancenlos ein.» Eine «moderate Bundesvermögenssteuer» sei eine Lösung, «die den Mittelstand weniger belastet und auch beim Volk bessere Chancen hat», ist er überzeugt. Besonders bemerkenswert sei, dass die Idee über alle politischen Lager hinweg gut ankomme.

Mitte-Chef Bregy warnt vor «einer Steuer auf Substanz» Nicht überrascht zeigt sich Mitte-Präsident Philipp Matthias Bregy, der die Armee-Pläne seines Bundesrats unterstützt. «Für viele Stimmberechtigte ist eine Vermögenssteuer weiter weg als die Mehrwertsteuer», sagt er. Doch das sei eine Steuer auf Substanz, die bereits von den Kantonen erhoben werde, kritisiert er. «Wenn schon neue Steuern, wären steuersystematisch solche auf Einkommen und Gewinne zielführender», so Bregy. Noch kritischer sehe die Mitte, dass die 13.

AHV-Rente ab 2031 weiterhin isoliert finanziert werden soll. «Bis dann sollte der Bundesrat eine umfassende Reform präsentieren», so der Walliser. FDP-Co-Chefin: «Höhere Steuern und Abgaben stehen nicht zur Diskussion» Bei den anderen Parteien fallen die Reaktionen auf den Willen des Volkes gemischt aus. «Höhere Steuern und Abgaben stehen nicht zur Diskussion, solange das Sparpotenzial im Bundeshaushalt nicht ausgeschöpft wird», sagt FDP-Co-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher. Die Umfrage bestätige, dass die Bevölkerung weder zusätzliche Lohnabzüge noch eine höhere Mehrwertsteuer akzeptiere, «wenn sich die Politik gleichzeitig weigert, bei den Ausgaben Prioritäten zu setzen», so die St.

Gallerin. SP-Wermuth: «Offen für Vermögenssteuer, aber ... » SP-Co-Präsident lehnt ein höheres Armeebudget ohnehin ab.

«Ich bin natürlich grundsätzlich aber sehr offen für die Vermögenssteuer, die explodierende Ungleichheit ist das grösste Problem unserer Zeit», räumt er auf die GLP-Idee angesprochen ein. Für die Finanzierung der 13. AHV-Rente brauche es eine Lösung in absehbarer Frist. «Die Bundesvermögensteuer käme dafür so oder so zu spät», sagt Wermuth. Deshalb setze die SP auf die beliebteste Alternative, die Mischlösung.

Thomas Hurter (SVP): «Nur Einnahmen erhöhen geht nicht!» SVP-Sicherheitspolitiker Thomas Hurter ist überzeugt, dass eine höhere Mehrwertsteuer nicht mehrheitsfähig sei. Die Sympathie für eine Vermögenssteuer überrasche ihn nicht, da ein grosser Teil nicht betroffen wäre. «Somit ist klar, dass die Armee selber sparen und Prioritäten setzen muss», so Hurter. Er verweist auf Mitholz, den Abbau von Munitionsrückständen in Seen, oder die «riesige Kommunikationsabteilung». Nur Einnahmen erhöhen geht nicht, sagt er.

Es brauche ein Umdenken im Parlament. «Sicherheit sollte für alle wichtig sein. Leider gibt es keine Mehrheiten, dies im Parlament umzusetzen», sagt der Schaffhauser. Pläne aus dem Bundeshaus, für die Finanzierung der 13. Rente und der Armee die Mehrwertsteuer zu erhöhen, kommen im Volk nicht gut an.

Sympathien gibt es aber für eine Bundes-Vermögenssteuer ab fünf Millionen Franken. Armee und AHV: Wenig Sympathien für höhere Mehrwertsteuer GLP-Hässig: «Moderate Bundesvermögenssteuer belastet Mittelstand weniger» Mitte-Chef Bregy warnt vor «einer Steuer auf Substanz» FDP-Co-Chefin: «Höhere Steuern und Abgaben stehen nicht zur Diskussion» SP-Wermuth: «Offen für Vermögenssteuer, aber ... » Thomas Hurter (SVP): «Nur Einnahmen erhöhen geht nicht!» Christof Vuille Besonders bemerkenswert sei, dass die Idee über alle politischen Lager hinweg gut ankomme, sagt GLP-Nationalrat Patrick Hässig.